

Ist die fortschreitende Privatisierung von Gütern und Leistungen wirklich unumgänglich?

Eigentum in linker Alltagspolitik

Von Christa Luft

1. Die Frage, welcher Stellenwert privatem und öffentlichem Eigentum in der Wirtschaft zukommen soll, schien nach dem gescheiterten Realsozialismus in der Volksmeinung auf absehbare Zeit vorherrschend zu Gunsten der erstgenannten Form beantwortet zu sein. Die ökonomische Unterlegenheit der auf Staatseigentum beruhenden Wirtschaft hatte ihre Spuren im Bewusstsein der Bevölkerung hinterlassen. Das kann im linken Lager nicht ausgeblendet, darauf muss konstruktiv reagiert werden. So berechtigt verbale Schärfe gegen privatkapitalistisches Wirtschaften und der politisch-moralische Appell zum Schutz öffentlichen Eigentums vor dem Ausverkauf sind – sie vermitteln noch keine positive Begründung für Eigentum in öffentlicher Hand. Dafür sind nachvollziehbare Argumente aus dem Alltagsleben der Bürger notwendig.

2. Das Grundgesetz der Bundesrepublik lässt Enteignung, also eine Sozialisierung von Eigentum zu. Laut Artikel 14, Absatz 3 ist dies »nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.«

Verstaatlichung per Grundgesetz

Und in Artikel 15 heißt es: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« Bislang wird von diesen Optionen lediglich Gebrauch gemacht, wenn es um die Bereitstellung von Bauland für öffentliche Straßen, Autobahnen und Flughäfen auf privatem Grund und Boden geht. Was spricht dagegen, den immer noch rund 800 Millionen Hektar umfassenden »Rest« ehemals volkseigener Acker- und Waldflächen der DDR in Bundes- oder Landeseigentum zu belassen und langfristig an Bauern zu verpachten, statt ihn komplett zu verkaufen und Spekulationspotenzial zu schaffen?

3. Im Alltag der Bürger stellt sich die Eigentumsfrage kaum als Systemfrage, sondern sehr direkt auf anderen Ebenen. Soll zum Beispiel der öffentliche Nahverkehr privatisiert werden oder in der Hand der Kommune bleiben? Ist das Erheben der Lkw-Maut eine originär staatliche Aufgabe, oder kann dieses Recht an ein Privatkonsortium verpachtet werden? Was würde die Privatisierung städtischer Krankenhäuser für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung bedeuten? Welche sozialen Auswirkungen hätte es, wenn der Dienstleistungssektor für den weltweiten Wettbewerb privater Anbieter geöffnet würde? Bei diesen Fragen geht es nicht in erster Linie um Vergesellschaftung im Sinne eines Systemwechsels. Es geht um Verhinderung der fortschreitenden Privatisierung von Gütern und Leistungen, die heute noch von der öffentlichen Hand angeboten werden und öffentlich-rechtlich organisiert sind. Jede Privatisierung von kommunalem, Landes- oder Bundeseigentum – aus welchen Gründen sie auch immer erfolgt – schränkt Steuerungsmöglichkeiten der jeweiligen Gebietskörperschaften ein und entzieht der demokratischen Mitwirkung Raum.

4. Grundsätzlich kann für die Beantwortung der Frage, welche Aktivitäten privat und welche öffentlich durchgeführt werden sollen, die Klassifizierung der Güterwelt hilfreich sein. Die Volkswirtschaftstheorie unterscheidet private (Individual-), öffentliche (Kollektiv-) und Mischgüter. Für die politische Praxis muss gelten, dass reine öffentliche Güter von der Privatisierung grundsätzlich auszuschließen sind. Solche Mischgüter, von deren Teilhabe bzw. Gebrauch trotz Rivalität niemand ausgenommen werden kann, sind vom Staat bereitzustellen, ohne dass er sie in jedem Fall in Eigenregie hervorzubringen oder zu betreiben hätte. Er kann sie bei Privaten aufkaufen und zu Konditionen, die nur er bestimmt, der öffentlichen Nutzung zuführen. Das ist besonders für die unteren Einkommensgruppen wichtig, stärkt den sozialen Zusammenhalt und die politische Stabilität der Gesellschaft.

5. Verfehlt ist es aus meiner Sicht, undifferenziert von »privatkapita-

listischem Eigentum an Produktionsmitteln« zu sprechen und darin einen monolithischen Block zu sehen. Aufgabe von auf Alternativen setzenden linken Kräften muss es sein, Inhaber von kleinen und mittleren Unternehmen für eine demokratische Politik sozialer Ausge-

6. Zu den Forderungen der Linken an die Politik muss gehören, endlich die Folgen bisheriger Privatisierungen kritisch zu überprüfen. Eine Warnung geht hier zu Lande auch von der Privatisierung der Stromversorger aus. Die entstandenen Giganten missbrauchen ihre Preis-

zur Haushaltssanierung mobilisiert werden kann. Es hat eine soziale Funktion.

7. Schutz und Förderung verdienen Genossenschaften als gemeinschaftliche Wirtschaftsform. Vornehmlich in Landwirtschaft, Handwerk und Handel sind sie zukunfts-trächtig. Das Stimmrecht ist im Unterschied zur Aktiengesellschaft personen- und nicht kapitalgebunden. Das stimuliert die demokratische Mitwirkung. In den Agrarge-nossenschaften sind die Mitglieder Bodenbesitzer und in dieser Eigen-schaft gleichzeitig Landverpächter, Kapitalgeber und Beschäftigte in einem. Dieses Dreiecksverhältnis

mangelnden Patriotismus der Manager oder Eigentümer zu verurteilen. Es geht vielmehr darum, Gerechtigkeit gegenüber denen zu wahren, die den Fördertopf mit ihren Steuern füllen und sich nicht von den Pflichten gegenüber dem Staat freirechnen können.

Erhalten Konzerne zur Kapitalerhöhung Subventionen oder eine andere Förderung aus Steuergeldern, sollten sie Aktienpakete an die öffentliche Hand abtreten. Das machte gewählten Volksvertretungen eine Einflussnahme auf strategische Entscheidungen möglich, die Kleinaktionäre auf Grund der Bindung des Stimmrechts an das Kapital nicht erlangen. Die Aktienpakete könnten zurückgekauft werden, sobald der Konzern über entsprechende Mittel verfügt.

9. Eine der vordringlichsten Aufgaben der Politik ist die Zügelung des Finanzkapitals. Dazu müssten die Finanzinvestoren unter Kontrolle der Aufsichtsämter in der Bundesrepublik und in der EU gestellt und die erst 2004 auf Wunsch der Banken durch die Schröder-Regierung am hiesigen Finanzplatz zugelassenen spekulativen Hedgefonds zumindest begrenzt und scharf kontrolliert werden...

Profitorientierung kann eingeschränkt werden

Ohne mir Illusionen zu machen und den zu erwartenden heftigen Einspruch orthodoxer »Vordenker« und Wirtschaftsbosse zu unterschätzen – es gibt Möglichkeiten, die gesellschaftliche Profitdominanz unter den gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen einzuschränken. Ich werbe dafür, sie politisch immer wieder ins Gespräch zu bringen und sie im Parlament wie außerparlamentarisch als Forderungen zu erheben. Schritte in vorgenannte Richtungen, plausible Alternativen zur gegenwärtigen neoliberalen Praxis können Mut machen, vor Lethargie und Depression schützen. Sie sind unspektakulär, sie sind sozusagen »irdisch«. Daher bieten sie die Chance, den Anspruch von immer mehr Menschen in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft zu finden und damit zugleich über deren Grenzen hinauszuwachsen. Ein Kernanliegen ist dabei, allen, die wollen und können, den Zugang zu existenzsichernder Arbeit zu ermöglichen.

In diesen Tagen erscheint bei Aufbau von Christa Luft der Band »Wendeland. Fakten und Legenden« (275 S., brosch., 8,50 €), dem wir diesen Text, leicht gekürzt, entnahmen.



April 2005: In Düsseldorf demonstrieren Justizvollzugsbeamte gegen die Privatisierung von Gefängnissen Foto: dpa

wogenheit, angemessenen wirtschaftlichen Wachstums und ökologischer Vernunft zu gewinnen. Das darf keine zeitweilige taktische Entscheidung sein, sondern ist eine strategische Voraussetzung für das Erreichen gesellschaftlicher Akzeptanz und von politischem Zuspruch.

Sozialismus heißt nicht Enteignung

Antikapitalismus des demokratischen Sozialismus beschreibt kein Projekt flächendeckender Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln. Er richtet sich nicht gegen das Privateigentum schlechthin, sondern gegen die Privatisierung von Natur- und anderen öffentlichen Gütern, gegen den Ausverkauf öffentlichen Vermögens an Private, gegen Monopolmacht und gegen soziale Enthemmung des Unternehmertums.

festsetzungsmacht zum Nachteil der Kunden. Das gleiche ist zum Beispiel bezogen auf die nach der Wende in den neuen Bundesländern privatisierten Abwasseranlagen zu beobachten. Noch immer gibt es in Deutschland keinen offiziellen Privatisierungsbericht, woraus ersichtlich wäre, was in den letzten Jahren alles zu welchen Konditionen und mit welchen Effekten privatisiert worden ist und in welchem Grade sich die Eigentumsstruktur im Lande verändert hat. Ebenso wenig gibt es einen der Öffentlichkeit vorgestellten Privatisierungsplan oder ein Privatisierungskonzept mit weiteren derartigen Vorhaben. Das nährt den Eindruck, die Umwandlung öffentlichen Eigentums in privates erfolge nach Kassenlage. Öffentliches Eigentum im Bereich der Infrastruktur oder am Wohnungsbestand ist aber nicht schlechthin Vermögen, das notfalls

wirkt stabilisierend auf die Betriebe. In den neuen Bundesländern bestehen trotz mancher Hürden, die sie nach der Wende zu nehmen hatten (z.B. Behinderung beim Bodenkauf, Belastung durch Altschulden) noch immer rund 1100 solcher Genossenschaften.

8. Steuergeld ist Gemeineigentum. Daraus an private Unternehmen ausgereichte Fördermittel gehören an Gegenleistungen für die Allgemeinheit (Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen, Schaffung von Ausbildungsplätzen, Steuerehrlichkeit) gebunden, um »verlorene« Zuschüsse zu vermeiden. Geboten ist die Rückforderung von öffentlichem Fördergeld, wenn ein privates Unternehmen zwecks Profitsteigerung mit seiner Produktion ins Ausland zieht, obwohl es am bisherigen Sitz schwarze Zahlen schreibt. Es reicht nicht, Produktionsverlagerung in kostengünstigere Länder als

Die »Solidarnosc« wird 25

Kruzifix, Lenin und polnischer Adler

Von Daniela Fuchs

Es ist schon eine Ironie der Geschichte, dass Solidarnosc – das polnische Wort für Solidarität – ein Synonym für das eintretende Ende des als solidarische Gesellschaft gedachten »realen Sozialismus« werden würde.

Der Sommer 1980 in Polen war nicht nur unter meteorologischen Bedingungen heiß. Seit Juli rollten Streikwellen durchs Land, anfangs als »Arbeitsunterbrechungen« verharmlost. Der Mangel im täglichen Leben hatte Unzufriedenheit ausgelöst. Das Land befand sich seit einigen Jahren in einer Kredit- und Schuldenfalle und im Sommer 1980 am Rand der Zahlungsunfähigkeit. Edward Giereks ambitioniertes Wirtschaftsprogramm war gescheitert. Lebensmittel, die zur Versorgung der Bevölkerung dringend benötigt wurden, gingen in den Export, um Verbindlichkeiten zu tilgen. Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und Normerhöhungen ließen den Unmut wachsen. Anfangs konnten diese Streiks beigelegt werden, denn die Betriebsleitungen gingen auf die Forderungen ein. Doch in immer mehr Betrieben stand die Produktion.

Der Streik in der Leninwerft in Gdansk, der am 14. August 1980 begann, war im Unterschied zu allen anderen Betrieben sorgfältig von einer Initiativgruppe unter der

Leitung von Bogdan Borusewicz vorbereitet worden. Borusewicz war kein Arbeiter, sondern Historiker. Er gehörte seit 1976 dem Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) an, einem Sammelbecken der politischen Opposition und seit 1978 einem Gründungskomitee Freier Gewerkschaften. Er redigierte die illegalen Zeitungen Robotnik und Robotnik Wybrzeza, die sich als wichtiges Kommunikationsmittel zu den Werftarbeitern erweisen sollten. Als unmittelbarer Anlass für den Streikbeginn galt die Entlassung der Kranführerin Anna Walentynowicz. Später wurden Borusewicz und Walentynowicz in Andrzej Wajdas Film »Der Mann aus Eisen« verewigt. Von Anfang an ging man in der Leninwerft professionell vor. Der Betrieb wurde besetzt, geschlossen und bewacht. Es herrschte Alkoholverbot. Der Streik sollte nicht wie im Dezember 1970 mit Toten enden, nachdem es zum Sturm auf öffentliche Gebäude kam. Der Protest hatte seit Beginn einen eindeutig politischen Charakter. In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rückte ein 37-jähriger arbeitsloser Elektriker namens Lech Walesa, der eine erstaunliche Karriere bis hin zum Präsidenten der Republik machen sollte. Der streng katholische Familienvater war redegewandt und besaß politischen Instinkt. Er gehörte wie Borusewicz und Walentynowicz zu

den illegal wirkenden Vertretern Freier Gewerkschaften. Zusammen mit anderen Oppositionsgruppen hatten sie am 7. August den Streikbeschluss gefasst.

Historische Augenblicke haben oft ihre banalen Elemente und Kuriositäten. Walesa fuhr zur Werk mit der Straßenbahn, als der Streik längst begonnen hatte und sprang



Abzeichen der Solidarnosc aus dem Gründungsjahr ND-Foto: Frotscher

über die Mauer an die Spitze des Streikkomitees. Der Werftdirektor musste die entlassene Kranführerin nicht nur wieder einstellen, sondern sie außerdem mit seinem Dienstwagen von zu Hause abholen. Lech Walesa erinnert sich: »Wir hatten vorher abgemacht, dass ich nach der Arbeitsniederlegung auf der Werft der Führer sein sollte, weil ich lange dort gearbeitet hatte, die Verhältnisse gut kannte und kein Theoretiker war.« Die Partei- und Staatsführung

stand unter Schock. Wojciech Jazuzelski, Politbüromitglied, bestätigte, dass das Ausmaß der Unruhen alle überrascht habe. »Das alles in einem Klima des Ernstes, der Ruhe und Entschlossenheit, was wir nicht begriffen.« Die PVAP, so Jazuzelski, hatte den Kontakt mit der Arbeiterklasse verloren. Die Stimmungslage im polnischen Volk hatte sich seit der Wahl ihres Landsmannes Karol Wojtyla 1978 zum Papst verändert. Er wurde als Autorität wahrgenommen. Es ist kein Geheimnis, dass der Papst seine Landsleute nicht nur moralisch unterstützte. Als die Solidarnosc 1981 zur Massenbewegung wurde, flossen Gelder aus den USA in Richtung Polen. Eine Übereinkunft zwischen Johannes Paul II. und dem US-Präsidenten Ronald Reagan machte dies möglich.

Der Streik auf der Leninwerft war eine Initialzündung für Arbeitsniederlegungen im ganzen Land. Auch nach der Erfüllung der ursprünglichen Forderungen der Arbeiter der Leninwerft ging der Streik weiter. Am 16. August konstituierte sich ein überbetriebliches Streikkomitee unter dem Vorsitz Walesas, dem bis zum 27. August Vertreter aus 600 Betrieben beitraten. Dieser neue Streik wurde als Solidaritätsstreik proklamiert, die Werft erneut besetzt. Priester zelebrierten Messen, und zu den Arbeitern gesellte sich nun eine Expertengruppe unter Lei-

tung des katholischen Publizisten Tadeusz Mazowiecki, der 1989 der erste Premierminister einer postsozialistischen Regierung wurde.

Eine Gegenmacht war entstanden, die 21 Forderungen an die Regierung stellte. An erster Stelle stand dabei die Zulassung freier und unabhängiger Gewerkschaften. Weitere Forderungen waren u. a. das Streikrecht, die Pressefreiheit, der Zugang der Kirche zu den Medien, die Freilassung aller politischen Häftlinge, aber auch nach Verbesserung der Lebensbedingungen. Nach zähen Verhandlungen unterzeichneten am 31. August der stellvertretende Ministerpräsident Mieczyslaw Jagielski und Lech Walesa, dieser demonstrativ mit einem überdimensionalen Kugelschreiber in der Hand, das Abkommen von Gdansk. An Symbolik mangelte es dabei nicht: Kruzifix, Lenin und der polnische Adler zierten den Raum. Ähnliche Abkommen gab es in Szczecin und Jastrzebie, die Krise aber blieb. Es folgten Kriegsrecht im Dezember 1981, Verbot der Solidarnosc, ihre Wiederzulassung 1989 und der Runde Tisch. Am Ende stand der Systemwechsel.

Die einstigen Solidarnosc-Aktivistinnen sind heute zerstritten. Die damalige Kranführerin Anna Walentynowicz lebt zurückgezogen und verarmt. Lech Walesa ist wohlhabend und hat sich mit seinem einstigen Gegner im Präsidentschaftswahlkampf Aleksander Kwasniewski versöhnt, und die Leninwerft, die gibt es so nicht mehr. Bogdan Borusewicz sagte einmal: »Ich bin froh, dass wir den Kommunismus gestürzt haben, aber das Paradies auf Erden haben wir deswegen nicht erreicht.«

A N Z E I G E

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Heft 179

Denken »ohne Gelände« – Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit? Dynamik der Ausgrenzung »Aktivierende Hilfen«: Instrument des Sozialterrors Armut und Reichtum aus der Sicht der Bundesregierung Wege und Irrwege nach 1945: Ein russischer Standpunkt Albert Einstein – ein Utopist? In memoriam Carl Amery

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin Telefon: 030/4 43 10-123 Telefax: 030/4 43 10-122 Mail: utopiekreativ@rosalux.de Internet: www.utopiekreativ.de

96 Seiten, Einzelverkaufspreis: 6 € Jahresabonnem. incl. Versand: 57 € (Inland); 75 € (Ausland), Förderabonnem.: 75 €

Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Termin

Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnem.

Ich bestelle Heft 179 zu 6 €: (zzgl. 1 € Versandkosten)

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Geldinstitut: _____

Kto.-Nr.: _____

BLZ: _____

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: _____

Unterschrift: _____